

dieDatenschützer Rhein Main

- keine Untaten mit Bürgerdaten -

E-Mail: die-datenschuetzer-rhein-main@arcor.de Internet: <http://diedatenschuetzerrheinmain.wordpress.com/>

Frankfurt, den **09.09.2014**

**An die
Redaktionen der Medien
in Frankfurt und der Region Rhein-Main**

Presseinformation

Bürgerrechtsgruppe *dieDatenschützer Rhein Main* fordert Überprüfung der beim Hessischen Landesamt für Verfassungsschutz gespeicherten Personendaten

In Schreiben an die 21 Mitglieder des Innenausschusses des Hessischen Landtags haben die Mitglieder der Bürgerrechtsgruppe *dieDatenschützer Rhein Main* eine Überprüfung der beim Hessischen Landesamt für Verfassungsschutz gespeicherten Personendaten gefordert.

Hintergrund dieser Forderung ist das Eingeständnis des Niedersächsische Innenminister Boris Pistorius, der im Mai 2014 in einer Regierungserklärung das Ausmaß der illegalen Speicherung von Personendaten durch den niedersächsischen Verfassungsschutz deutlich machen musste: *„Es wurden insgesamt 9 004 Datensätze überprüft... dass davon 1 937 Datensätze - also gut 20 % - zum Zeitpunkt der Überprüfung nicht in der Datei hätten sein dürfen: entweder weil sie nie hätten aufgenommen werden dürfen, weil sie also von Anfang an rechtswidrig waren, oder weil sie längst hätten gelöscht werden müssen, weil sie nicht mehr erforderlich sind... Hinzu kommen 1 564 Speicherungen - also noch einmal knapp 20 % -, die auf Empfehlung der Taskforce zeitnah gelöscht werden müssen, da sie nicht länger für die Aufgabenerfüllung erforderlich sind...“* (Quelle: <http://www.landtag-niedersachsen.de/Drucksachen/Drucksachen%5F17%5F2500/1001-1500/17-1472.pdf> - dort auf den Seiten 3084 – 3085.

Die Bürgerrechtsgruppe *dieDatenschützer Rhein Main* stellt in ihren Schreiben an die hessischen Landtagsabgeordneten fest: *„Die illegale Speicherung von Personendaten durch den*

Inlandsgeheimdienst stellt einen erheblichen, nicht hinnehmbaren Eingriff in Grundrechte dar. Uns ist schlechterdings nicht vorstellbar, dass ausschließlich der Verfassungsschutz in Niedersachsen in so gravierender Weise die Rechte der BürgerInnen missachtet. Speziell für Hessen müssen wir leider feststellen, das auch der Umgang mit der Mordserie des NSU begründete Zweifel am rechtmäßigen Handeln des hessischen Landesamtes für Verfassungsschutz hervorruft. Im Besonderen wird dies deutlich bei den Umständen, die zur Ermordung des Kasseler Bürgers Halit Yozgat führten. Bis heute ist die Rolle von Andreas T. (Mitarbeiter des hessischen Verfassungsschutzes), zur Tatzeit am Tatort anwesend, nicht geklärt. Wir sind daher außerordentlich beunruhigt und fürchten, dass sich auch in Hessen ähnliche Verhältnisse wie in Niedersachsen finden lassen.“ Aus dieser Situationsbeschreibung heraus wird eine Bitte abgeleitet: „Da Sie Mitglied eines zur Kontrolle der Exekutive bestimmten Verfassungsorgans sind, möchten wir Sie bitten, die mutmaßlich auch im hessischen Verfassungsschutz bestehende Situation einer ggf. tausendfachen unzulässigen Erfassung von BürgerInnen einer Klärung zuzuführen und das Ergebnis in einem öffentlichen Bericht darzustellen.“

Das Schreiben an den Vorsitzenden des Innenausschuss des Hessischen Landtags, Horst Klee, ist dieser Pressemitteilung im Wortlaut beigefügt.

Die Bürgerrechtsgruppe **dieDatenschützer Rhein Main** möchte mit ihren Briefen an die Landtagsabgeordneten die Aktion Humanistischen Union „Geheimdienst speichert illegal: Prüft die Daten überall!“ (<http://www.verfassung-schuetzen.de/aktiv-werden/briefaktion/>) unterstützen.

dieDatenschützer Rhein Main (<http://ddrm.de/>) sind eine Gruppe des Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung (<http://vorratsdatenspeicherung.de/>), Partner der Aktion: Stoppt die e-Card! (<http://www.stoppt-die-e-card.de/>) und Unterstützer des Bündnis „Demokratie statt Überwachung“ (<https://www.demokratie-statt-ueberwachung.de/>). Hervorgegangen ist die Gruppe aus der Volkszählungsbewegung „11gegenZensus11“. Die aktuellen Arbeitsschwerpunkte sind ein Unabhängiges Frankfurter Datenschutzbüro, die Videoüberwachung des öffentlichen Raums und von politischer Aktivitäten (Demonstrationen und Kundgebungen), die Elektronische Gesundheitskarte, die Vorratsdatenspeicherung sowie weitere Datenschutzthemen.

Ansprechpartner:

Uli Breuer, Tel.: 01796909360 - **Roland Schäfer**, Tel.: 01726820308 - **Walter Schmidt**, Tel.: 015221512453

Per E-Mail: kontakt@ddrm.de

v. i. S. d. Pg.: W. Schmidt, Frankfurt/Main